

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM.  
frei Haus, bei Postabholung 1,20 RM. zuzüglich Briefporto. Einzelzähmungen 10 Pf. Alle Postanstalten, Post-  
kosten und andere Aus-  
gaben zu jeder Zeit be-  
zahlt. Jährer Gewalt.  
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Recht oder sonstiger Be-  
stechungen besteht kein Anspruch auf Erweiterung der Zeitung oder Rückzug des Bezugspreises. — Abschaltung

Anzeigenpreis: die Seite ältere Maximalle 20 Pf., die gespaltene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf.  
Anzeigenpreis: die Seite ältere Maximalle 20 Pf., die gespaltene Seite 1 Mk. Nachwerbungsgeld 20 Reichspfennige. Vor-  
geschriebene Preissteigerungen  
werden nach Möglichkeit  
anzeigbar übernommen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6  
angezogen werden kann oder der Auftraggeber in Konkurrenz steht.

Angaben über die Menge der Anzeige, die sie erfordert, werden nicht gemacht. Über die Richtigkeit der  
Anzeige eingesetzt werden kann oder der Auftraggeber in Konkurrenz steht.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 246 — 91. Jahrgang

Telegr.-Avt.: Amtsbollett

Wilsdruff-Dresden

Postleitz.: Dresden 2640

Mittwoch, den 19. Oktober 1932

## Im Schlepptrai.

Auch deutscherseits wird man dem englischen Ministerpräsidenten das Zeugnis ausspielen, daß er sich recht große Mühe gegeben hat, seine Viermächtekongferenz zusammenzubringen — aber diese Bemühungen verstanden nur ganz einfach darin, daß er sich den Forderungen Herrrots, der grundsätzlich gegen diese Konferenz war und ist, nach kurzem oder gar seinem Widerstand respektlos beugte und von Deutschland immer nur das Herauslöschen der französischen Bedingungen verlangte. Schon dieses Verlangen sieht Herzlich wenig nach einer positiven Unterstüzung der deutschen Forderung nach grundsätzlicher Gleichberechtigung aus; eine drastische Illustration des wirtlichen englischen Standpunkts gegenüber jener deutschen Forderung wird aber erst durch Macdonalds Wort in seiner feierlichen Frühstückssrede gegeben, Großbritannien „widerseh se jich nicht“ der deutschen Forderung, als Gleichberechtigter auf der Abrüstungskonferenz behandelt zu werden. Söcht er dabei aber auf den geringsten französischen Widerspruch, dann gibt er eben nach. Ihm ist längst vor dem Besuch Herrrots in London durch den Berliner englischen Botschafter mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung keinesfalls nach Genf gehen werde; auch die Gründe für diese Weigerung sind ihm mitgeteilt worden, — und doch läßt er sofort um, als Herrrot von ihm die Verlegung des Kongresses von London nach Genf verlangt. Auch der Berliner französische Botschafter war rechtzeitig über diese Ablehnung der Reichsregierung unterrichtet, was für Herrrot Veranlassung war, nun gerade Genf zu fordern.

Schließlich ist Macdonald doch politisch ein nicht gerade berücksichtigter Mann! Und wenn er es vielleicht in ersten Augenblick noch als eine Gegenkonvention Herrrots betrachten konnte, daß zu der Viermächtekongferenz nur nicht auch noch die Vertreter Belgien, Polens usw. herangezogen werden sollten, so mußte er doch schon sehr bald wissen, welchen Wert dieses „Zugeständnis“ hatte, als nur Herrrot erklärte, die Konferenz in Genf würde sich „in Rahmen des Weltverbundes“ vollziehen. Und als derselbe Herrrot dann auch noch das deutsche Entgegenkommen, wenigstens Lausanne als Tagungsort zu wählen, einfach mit der Begründung ablehnte, man würde dann zu sehr die Führung mit den — kleinen Staaten verlieren! Das überhaupt Zweck der ganzen Aktion war, die entscheidenden vier Großmächte an den Verhandlungstisch zu bringen, hatte man in Paris längst beobachtet, nachdem diese „Konvention“ in London ihren Zweck erfüllt hatte. Deutlich legt sich auch Macdonald auf Genf fest, erklärt die Gründe Deutschlands, nicht nach Genf geben zu können, für nicht wesentlich und nicht stichhaltig — und erhält ein paar Stunden später aus Berlin die Mitteilung, daß die Reichsregierung Genf als Tagungsort ablehnen müsse.

Macdonald hat den Zettel über die deutsche Politik zwar in eine diplomatische Form geleierte, die man vielleicht mit einem Ausdruck des „Bedauerns“ bezeichnen möchte, aber hinter dieser Form zeigt sich doch ein Kern, der schon fast wie eine — Drohung aussieht, und uns nicht darüber im Unklaren lassen kann, daß man in London über die Haltung der Reichsregierung geradezu Ärger empfindet. Man schiebt uns allein in die Schuld daran, wenn die Konferenz nun nicht zustande kommt; und verweist in diesem Zusammenhang mit bezeichnender Deutlichkeit darauf, daß auch Italien auf der französisch-englischen Seite stehe; Mussolini hat auch tatsächlich sofort seine Zustimmung für Genf gegeben, zeigt also auch kein Verständnis für das, was uns von dieser Stadt fernhalten muß, und läßt sogar heftige Angriffe der italienischen Presse auf die Entschlüsse der Reichsregierung zu. Auch das ist schon kein „Bedauern“ mehr!

Damit wäre zum zweitenmal der deutsche Versuch gescheitert oder vielmehr zum Scheitern gebracht worden, außenpolitisch in der Frage der militärischen Gleichberechtigung und nationalen Sicherheit auf dem Wege einer offenen Aussprache und Verständigung mit der Gegenseite vorwärtszukommen. Das erstmal versagte sich Frankreich ganz offen einer Sonderverhandlung mit Deutschland; jetzt hat es durch ein paar energische Angriffe auf die Partner wiederum erreicht, und Herrrot, der ja angeblich ein so guter Denner Goethes sein soll, kann diesen deutschen Dichter in Bezug auf Macdonald jetzt mit leichter Abänderung zitieren:

„Halb zog ich ihn, halb sank er hin,  
Da war's um ihn geschehen!“

## Zunahme der Beschäftigten.

Die Gewerkschaftsstatistik bestätigt die Abnahme der Arbeitslosenzahl.

Die Statistiken des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ergeben entsprechend den amtlichen Veröffentlichungen ebenfalls eine Abnahme der Arbeitslosenzahl. Die Zahl der vom ADGB erfassten Arbeitslosen betrug Ende September 1 404 788 gegen 1 436 313 Ende August, so daß eine Abnahme von 31 525 Personen zu verzeichnen ist. Die Zahl der zur arbeitenden Gewerkschaftsmitglieder fiel von 725 336 auf 701 527, also um 23 809 Personen.

## Doch noch Viermächte-Konferenz?

### Frühstücksgespräche.

Frankreich „sichert“ sich weiter.

Noch bevor der französische Ministerpräsident Herrrot seiner Regierung Bericht über seine Londoner Reise erstattete, versammelte er einen kleinen Kreis seiner außenpolitischen Freunde zu einem Frühstück, und hier „im Kreis seiner Lieben“ wird er sich wohl sehr lobend ausgesprochen haben über das unerwartete Entgegenkommen, das er mit seinen deutschfeindlichen Machenschaften bei Macdonald gefunden hat. Der polnische Außenminister Jasiecki und der tschechische Außenminister Benes sowie der polnische und der tschechische Geschäftsträger in Paris waren die Frühstücksgäste, und diesen seinen gehorsamen Trabanten wird Herrrot wohl die neuen Parolen ausgegeben haben, wie sie die französische Politik im Völkerbund und in der Abrüstungskonferenz zu unterstützen haben. Gleichzeitig wird er wohl auch von seinen neuen Plänen eines Ausbaues ihres finanziell-militärischen Bündnisses in Kenntnis gesetzt haben. Nach Spanien wiederum zeigt sein begehrlicher Blick, das er demnächst mit seinem Besuch beglücken will. Hinter seinem Vorschlag, die internationale Wassernager auf spanischem Boden anzulegen, „um den Weltfrieden zu erhalten“, verbirgen sich nämlich Pläne, die durchaus nicht auf den Frieden abzielen, sondern die erneut zur Verstärkung der französischen Macht anstreben sollen. Es bestehen französische Pläne, den Ausbau der spanischen nord-südlich verlaufenden Eisenbahnen zu zweigleisigen Strecken mit französischen Geldern zu unterstützen, die auf nichts weiter hinauslaufen, als daß Frankreich im Kriegsfall seine afrikanischen Truppen schon in einem spanischen Hafen landen und mit der Eisenbahn nach Frankreich befördern kann, wodurch die Gefahr des Seeweges erheblich verringert wird. Wenn Spanien der Verbündete Frankreichs würde, so würden diesem auch die Hafen auf den Balearen zur Verfügung stehen, so daß die französischen Transportlinien im westlichen Mittelmeer so weit wie nur irgend möglich gegen einen Angriff von Osten

her, d. h. von Italien, geschützt sind. Wieder zieht also der „Friedensfreund“ Herrrot mit seinem goldenen Netz aus, um sich mit Geld und schönen Worten einen neuen Bundesgenossen zu sorgen, und nachdem Frankreichs Fronten waffenstarrend ausgebaut worden sind, werden jetzt auch die Etappen wege für seine schwarzen Hilfsvölker gesichert.

\*

### Viermächtekongferenz nach den Reichstagswahlen?

Weitere Bemühungen Macdonalds.

Nach dem Bekanntwerden der letzten deutschen Absage auf die Einladung, nach Genf zu kommen, hatte Macdonald eine eingehende Besprechung mit dem italienischen Botschafter Grandi.

Trotz der erneuten Ablehnung der deutschen Regierung, die Einladung zu einer Viermächtekongferenz nach Genf anzuerkennen, gehen die Verhandlungen weiter mit dem Ziel, zu späterer Zeit und an anderem Ort die Aussprache doch noch zu ermöglichen. Dabei wird Spanien wieder als neuer Kongressort, der zur Diskussion steht, benannt. Man rechnet aber nicht damit, daß vor den Reichstagswahlen eine Entscheidung in der Kongressfrage fallen wird.

### Vor einem neuen englischen Schritt.

Wisher kein Tagungsort für die Viermächtekongferenz festgelegt.

Der englische Außenminister Sir John Simon bestätigte im Unterhaus in London, daß es sich bis jetzt als unmöglich erwiesen habe, einen Zusammensetzungsort für die Viermächtekongferenz festzulegen. Die englische Regierung erwäge jedoch, welche weiteren Schritte zu tun seien, um die Einigung in dieser Frage zu erreichen.

## Eine Dauerlösung im Sächs. Landtag.

### Auflösungsantrag abgelehnt.

Sächsischer Landtag.

(88. Sitzung.) Dresden, 18. Oktober.

Nach Beendigung der sogenannten Sommerpause trat der Sächsische Landtag am Dienstag 11 Uhr zu einer Zwischen-tagung zusammen. Landtagspräsident Beckel eröffnete die Sitzung und verlas zunächst ein Schreiben des ehemaligen nationalsozialistischen Abg. Fischer (Blauen), in dem dieser Austritt aus der NSDAP und deren Landtagsfraktion mittelt. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde

der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung

des Landtages

behandelt, den Abg. Staudenmaier kürzlich begründete. Die Verhältnisse in Sachsen fänden in Deutschland keine Parallele. Sachsen allein habe eine Regierung, die seine ausgeschlossene politische Einstellung besitze, die aber auch an keine Beschlüsse des Landtages gebunden sei. Die angekündigte Verfassungsreform zwinge das sächsische Parlament, sich eine Regierung zu verschaffen, die gegen die Pläne des Reichskanzlers alle nur möglichen Maßnahmen ergreife.

Abg. Böckel (Coz.) tritt den Ausführungen des Vortreders entgegen und erklärt für seine Fraktion, daß sie den nationalsozialistischen Antrag ablehne.

Abg. Nennet (Nom.) spricht sich für die Auflösung des Landtages aus.

Für die deutsch-nationale Landtagsfraktion gibt der Abg. Siegert eine Erklärung ab: Unter Ablehnung der Begründung des Auflösungsantrages werden wir auch diesem selbst unsere Zustimmung verleihen. Gewiß bleibt unser Urteil, über die Unfähigkeit dieses Landtages eine tragfähige Regierungsmehrheit zu bilden, zu Recht bestehen. Aber wir könnten uns bei den wesentlich veränderten politischen Verhältnissen auch von einer Neuwahl eine grundlegende Wandlung der Mehrheitsverhältnisse im neuen Landtag nicht versprechen.

Abg. Wilhelm (W-W.) erklärt im Antrag aller übrigen Landtagsfraktionen die Ablehnung des nationalsozialistischen Antrages.

Der Auflösungsantrag wird gegen die Stimmen

der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Das Haus trat dann in die Beratung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge auf Einleitung einer Hilfsaktion zugunsten der Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner, der Kriegsbeschädigten usw. und für den Schutz des sächsischen Exportes

ein. Die Antragsbegründer legen eine Reihe von Maßnahmen

vor, die geeignet sein sollen, den Gemeinden- und Bezirksfürsorgeverbänden ausreichende Mittel zur Bevorratung von Rationsmittel, Heizungsmaterial, Kleidung und zum Ausbau der Schulversorgungen und Notlandstädten zur Versorgung zu stellen, und besondere Maßnahmen für die erwerbstätigen Jugendlichen einzuleiten. Die Unterstützungsätze sollen auf den Stand vom 1. April 1932 zurückgebracht werden. Ferner soll die Reichsregierung alles unterlassen, was den an sich geringen Export sächsischer Erzeugnisse völlig zum Erliegen bringt.

Innenminister Müller

gibt hierzu eine längere Erklärung ab, in der er darauf hinweist, daß die ganz besondere Rolle der sächsischen Bevölkerung der sächsischen Regierung stets Verantwortung gegeben hat, ständig bei der Reichsregierung in Berlin vorstellig zu werden und unter Überprüfung eingeschlagene staatliche Materialien auf die sozial bedeutsamen Auswirkungen der Verordnung des Reiches vom 14. Juni 1932 hinzuweisen, sowie auf erhöhte Zuflüsse des Reiches zu den Unterstützungslasten der Gemeinden und Bezirksverbände hinzuwirken.

Vom Reich sei nunmehr in Aussicht gestellt, daß an die Empfänger der Arbeitslosenversicherung während der Wintermonate besondere Familienzuschläge gegeben werden sollen. Außerdem sollen Orte der Oberschicht B, auch wenn sie unter 10 000 Einwohner zählen, der mittleren Unterstützungsgruppe zugutegelegt werden. Dies werde in Sachsen für eine größere Zahl Orte in der Umgebung von Leipzig, Dresden und Chemnitz sowie für einige Grenzorte der kleineren Städte im Erzgebirge und im Vogtland eine günstige Auswirkung haben. Die Reichsregierung hat weiter eine Erhöhung der Reichshilfe von sechzig Millionen im Monat Oktober und von 60 Millionen im Monat November in Aussicht gestellt, was den Fürsorgeverbänden eine gewisse Erleichterung bringen wird.

Weiter sollen an die Bezirksfürsorgeverbände verbilligte Steinkohle und Braunkohle abgegeben werden; die Schulversorgungsmittel werden während des Winters verteilt. Das Reich hat in Aussicht gestellt, daß auch in diesem Winter, allerdings in verringertem Maße, den Arbeitslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen eine Fleischverbilligung auf Reichs-

lasten zuteil wird. Im Auftrage des Wirtschaftsministeriums erklärte Minister Müller, daß die sächsische Regierung seit dem Einsetzen der ausländischen Einflussverschärfungen unablässig auf die Reichsregierung eingewirkt habe; um diese Erklärungen nach Möglichkeit zu befehligen. Es sei selbstverständlich, daß bei der ganz besonderen Bedeutung der sächsischen Exportindustrie für die sächsische Landwirtschaft seitens der Regierung alles geschehe, um jede Beeinträchtigung des Absatzes der sächsischen Exportartikel nach Möglichkeit zu verhindern.

Abg. Dr. Eckardt (Nat.) lehnt die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten als praktisch undurchführbar ab.